

Errichtung von zentralen Fahrradständern im Kämmerergebiet

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten, in der nächsten Sitzung der betroffenen Fachausschüsse über den Hintergründe, den Sachstand und die weitere Perspektive der derzeit ausgesetzten Errichtung von Fahrradparkeinrichtungen anstelle bisheriger Kfz-Abstellplätze im Kämmerergebiet zu berichten. In diesem Zusammenhang möge die Verwaltung auch im Verkehrsausschuss berichten, wie die Akzeptanz der bereits in der Kreuztorstraße realisierten Fahrradständer ist.

Begründung:

Die geplante Errichtung von Fahrradparkeinrichtungen im Kämmerergebiet bewegt die Menschen dieses Wohngebiets und sorgt für eine ziemlich kontroverse Diskussion. Es wurde uns berichtet, dass bei den drei Vor-Ort-Terminen am 15. November jeweils sehr viele Anwohnerinnen und Anwohner anwesend waren, von denen sich die meisten kritisch zu der Planung äußerten. Nach unserem Eindruck war das vorherrschende Meinungsbild, dass es die geplante und derzeit ausgesetzte Maßnahme gar nicht braucht, weil die beklagten Missstände – Fahrräder versperren Kinderwägen, Rollstuhlnutzerinnen und -nutzern u.ä. auf den Bürgersteigen das Durchkommen - -so gar nicht existieren. Nicht zu unterschätzen ist aus unserer Sicht auch der Hinweis, dass nicht direkt vor dem Haus abgestellte Fahrräder keinen Versicherungsschutz in der Hausratversicherung genießen.

Die Anwesenden machten außerdem auch einige Alternativvorschläge. Diese stießen zwar bei den Vertretern der Verwaltung nicht auf Gegenliebe, verdienen jedoch aus unserer Sicht eine vertiefte Erörterung, da die Gegenargumente nicht immer unmittelbar einleuchteten.

Wir freuen uns, dass die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs und anderer klimagerechter Mobilität positiv bewertete und zu Veränderungen durchaus bereit ist. Eine oder sogar mehrere E-Ladestationen für Autos wie für Zweiräder im Wohngebiet ist dabei z.B. etwas, was wir als CDU sehr befürworten würden. Was alles noch getan werden könnte und sollte, sollte aber in einem breiten Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, was wir mit diesem Antrag anstoßen wollen.

Gez. Dr. Axel Wilke, Fraktionsvorsitzender